Beschluss:

Herr Erster Stadtrat Humpe-Waßmuth erläutert die Vorlage.

Es geht bei dieser Vorlage um einen Grundsatzbeschluss, der der Verwaltung bei der Ausarbeitung der Kostenbeitragssatzung eine Zielvorgabe insbesondere zur Ausgestaltung der Kostendeckungsbeiträge macht.

Ratsherr Schaarschmidt weist auf eine „Vereinbarung zwischen Land und Kommunen zur Finanzierung des Krippenausbaus“ vom 10.12.2012 hin, die bei der Vorlage, die schon vom 20.11.2012 datiert, nicht berücksichtigt ist.

Er beantragt die Zurückstellung und die Ergänzung der Vorlage um diverse Detailinformationen (der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 16 beigelegt).

Herr Stadtpräsident Strohdiek weist darauf hin, dass eine Zurückstellung gem. § 25 Abs. 5 der Geschäftsordnung längstens bis zu 6 Monaten zulässig ist.

Ratsherr Hering plädiert dafür, den o. a. Grundsatzbeschluss jetzt zu fassen, um somit schon vor der Kommunalwahl ein verbindliches Signal zur künftigen Entwicklung der Elternbeiträge zu geben.

Nach kontroverser Diskussion modifiziert Ratsfrau Müller für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den o. a. Antrag auf Zurückstellung. Beantragt wird nunmehr die Ergänzung der Vorlage um die Informationen gem. Ziffern 1 bis 7 des o. a. Antrags. Die Zurückstellung ist nicht mehr Gegenstand des Antrags.

Der Antrag wird weiter kontrovers diskutiert.

Wie im Jugendhilfeausschuss beschlossen zeichnet sich auch in der Ratsversammlung ein Votum für die Variante 2.a) der Vorlage ab. Damit würde der Kostendeckungsbeitrag bei ca. 11 % bleiben und somit nicht erhöht werden.

Die Ziffer 3 des Ergänzungsantrags bereitet daher Schwierigkeiten, weil damit eine Erhöhung der Beiträge festgeschrieben würde.

Ratsherr Krampfer modifiziert den Ergänzungsantrag dahingehend, dass Ziffer 3 gestrichen wird.

Auf Antrag von Ratsfrau Krebs wird die Sitzung um 18.35 Uhr unterbrochen, um sich fraktionsintern zu beraten.

Die Sitzung wird um 18.52 Uhr fortgesetzt.

Strittig bleibt Ziffer 1 des Ergänzungsantrags, der im Widerspruch zu Ziffer 2 der Vorlage steht. Einerseits legt man sich mit einem Beschluss zu Ziffer 2 der Vorlage auf einen Kostendeckungsbeitrag fest, andererseits soll die Vorlage um eine differenzierte Darstellung der finanziellen Auswirkungen mehrerer Varianten zum Kostendeckungsbeitrag ergänzt werden. Im Ergebnis können Informationen über die finanziellen Auswirkungen diverser Varianten hilfreich sein, um sie später, bei der Beschlussfassung über die konkrete Ausgestaltung der Kostenbeitragssatzung berücksichtigen zu können.

Ziffer 1 des Ergänzungsantrags wird daher von Ratsherrn Schaarschmidt nunmehr als Prüfungsauftrag gestellt.

Die Vorlage ist damit wie folgt zu ergänzen:

- *Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Auswirkungen auf die Eltern und die Stadt differenziert nach den Varianten a) 11 % (entspricht nach der Verwaltungsvorlage dem derzeitigen Stand), Variante b) 13 % und Variante c) 15 % darzustellen.*
- *Darstellung der finanziellen Auswirkungen für die Stadt durch die „Vereinbarung zwischen Land und Kommunen zur Finanzierung des Krippenausbaus“ vom 10.12.2012.*
- *Die Kostenbeitragssatzung wird fünf Jahre nach Inkrafttreten aktualisiert und der Ratsversammlung entsprechend neu vorgelegt.*
- *Die Verwaltung liefert eine aktuelle Übersicht der Kostenbeiträge der Eltern in den anderen Kreisen und kreisfreien Städten sowie der Städte Rendsburg und Norderstedt zum Vergleich.*
- *Die Verwaltung liefert eine Übersicht über die aktuellen jährlichen Betriebskosten der Kindertagesstätten sowie der Kindertagespflege pro Platz (als Mittelwert über alle Plätze sowie mit den höchsten und niedrigsten Werten in der Stadt).*
- *Darüber wird die Verwaltung beauftragt, eine Einigung mit dem Land über die Kosten-Übernahme für die Sozialstaffel im Rahmen der angekündigten Änderung des kommunalen Finanzausgleichs anzustreben.*

Dem Ergänzungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Sodann wird über die Vorlage in der so ergänzten Fassung abgestimmt:

Der Vorlage zu Ziffer 1 des Antrags wird einstimmig zugestimmt.

Der Vorlage zu Ziffer 2 des Antrags in der Variante a): 11 % wird einstimmig zugestimmt.

Die Abstimmung zu den Varianten b) und c) erübrigt sich damit.